

Wahlprogramm 2026

**Vernunft und Gerechtigkeit
für Steglitz-Zehlendorf**

BSW

Bezirksverband
Steglitz-Zehlendorf

Das vorliegende Wahlprogramm für die Wahl der Steglitz-Zehlendorfer Bezirksverordnetenversammlung 2026 wurde auf dem 3. Bezirksparteitag des BSW Steglitz-Zehlendorf beraten und einstimmig verabschiedet.

Inhaltsverzeichnis

Präambel 1

Eine neue politische Kraft in Steglitz-Zehlendorf /

Wie wir die Politik im Bezirk gestalten & verändern wollen 2

▶ **1. Frieden / Austausch u. Verständigung statt Aufrüstung u. Kriegstüchtigkeit**..... 3

1.1 Nein zu Aufrüstung und Militarisierung des Alltags 4

1.2 Keine Bundeswehr-Werbung an den Schulen im Bezirk 4

1.3 Friedensbildung und zivile Konfliktlösung fördern 4

1.4 Nein zur Wehrpflicht, Recht auf Kriegsdienstverweigerung schützen 5

1.5 Städtepartnerschaften stärken: Dialog statt Abschottung..... 5

▶ **2. Soziale Gerechtigkeit / Sozialen Zusammenhalt stärken** 6

2.1 Obdachlosigkeit beenden, nicht verwalten 6

2.2 Prävention statt sozialer Absturz 7

2.3 Bezahlbares Wohnen sichern 7

2.4 Soziale Infrastruktur stärken..... 7

2.5 Würde statt Sanktionen..... 7

2.6 Einsamkeit überwinden, Begegnung und Teilhabe stärken 8

▶ **3. Bildung & Jugend / Für gerechte Bildungschancen in Steglitz-Zehlendorf** 9

3.1 Frühe Bildung in unseren Kitas stärken 9

3.2 Grundschulen stärken und Mindeststandards sichern 10

3.3 Inklusion verbessern und Förderstrukturen erhalten 10

3.4 Sekundarschulen und Berufsorientierung stärken 10

3.5 Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte verbessern 11

3.6 Hochschulen und Lehrkräfteausbildung stärken 11



3.7 Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken 11

▶ **4. Gesundheit / Wohnortnahe u. gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung**... 12

4.1 Pflegeinfrastruktur stärken und Angehörige entlasten 12

4.2 Inklusion und Teilhabe sichern	13
4.3 Prävention und Gesundheitsförderung stärken	13
4.4 Krankenhäuser im Bezirk sichern	13
4.5 Gesundheitspolitik im Bezirk: klare Forderungen statt leerer Versprechen	14
4.6 Gesundheit bleibt zivil; keine Militarisierung des Gesundheitssystems	15
▶ 5. Corona-Aufarbeitung / Für Transparenz, Grundrechte und Vertrauen	16
5.1 Politische Fehler klar benennen	16
5.2 Aufarbeitung im Bezirk konkret umsetzen	17
5.3 Politische Grenzen für die Zukunft ziehen	17
▶ 6. Wohnungsbau & Mieten / Mehr Wohnungen. Bezahlbare Mieten. Klare Entscheidungen	18
6.1 Verfahren beschleunigen, Stillstand beenden	19
6.2 Nachverdichtung ermöglichen - Potenziale nutzen	19
6.3 Soziale Bindung sichern & bezahlbar bauen – nicht nur viel.....	20
6.4 Bestand schützen; Leerstand und Zweckentfremdung beenden.....	20
▶ 7. Natur, Stadtgrün & Lebensqualität / Den grünen Südwesten erhalten	21
7.1 Natur erleben: Erholung für alle, nicht für wenige	22
7.2 Stadtgrün finanzieren; Pflege statt Pflanzaktionen	22
7.3 Umweltschutz im Bezirk stärken – Stadtgrün ausbauen	22
7.4 Tierschutz im Grünen: Schutz für Wildtiere und Haustiere	23
7.5 Lebenswerte Kieze und Ordnung; beides gehört zusammen	23
7.6 Echte Bürgerbeteiligung und keine Hinterzimmerpolitik	24
▶ 8. Mobilität & Verkehr / Für ein funktionierendes u. attraktives Verkehrssystem	25
8.1 Öffentlichen Nahverkehr zuverlässiger und attraktiver machen	25
8.2 Baustellen- und Verkehrsplanung im Bezirk besser koordinieren	26
8.3 Fahrradverkehr sicherer und praktischer machen	26
8.4 Verkehrspolitik für alle Verkehrsteilnehmer	27
8.5 Vernünftige Prioritäten statt Prestigeprojekte.....	27

8.6 Realistische Verkehrspolitik statt unrealistischer Verbote.....	27
▶ 9. Wirtschaft, Arbeit & Digitalisierung / Für ein wirtschaftlich starkes Steglitz-Zehlendorf.....	28
9.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen verbessern.....	29
9.2 Verwaltung beschleunigen und Verfahren vereinfachen	29
9.3 Leerstände reduzieren und Kieze stärken.....	29
9.4 Gründungen und Innovation fördern	30
9.5 Wissenstransfer und Unternehmensnachfolge sichern.....	30
9.6 Nachhaltigkeit und Digitalisierung voranbringen.....	30
▶ 10. Kultur, Vereine & Sport / Für lebendige Kultur, starke Vereine und einen vielfältigen Sport	30
10.1 Kultur- und Bildungseinrichtungen sichern	31
10.2 Bibliotheken als Lern- und Begegnungsorte stärken.....	31
10.3 Kulturförderung im Bezirk ausbauen	32
10.4 Vereine und Ehrenamt entlasten	32
10.5 Sportanlagen modernisieren und Investitionsstau abbauen	32
10.6 Kulturelle Teilhabe im Bezirk erweitern	33
10.7 Demokratische Mitbestimmung stärken	33
10.8 Öffentliche Kultur in öffentliche Hand sichern.....	33
▶ 11. Migration & Integration / Ordnung, Fairness und gelingende Integration vor Ort.	34
11.1 Bezirke dürfen nicht überfordert werden	35
11.2 Integration beginnt in der Schule und bei der Sprache.....	35
11.3 Schnell in Arbeit – statt dauerhaft im Transfersystem	35
11.4 Klare Regeln und konsequente Durchsetzung	36
11.5 Soziale Balance im Bezirk sichern	36
11.6 Ehrenamt stärken, staatliche Verantwortung sichern	36
11.7 Integration braucht passende Standorte	37
▶ 12. Sicherheit & Ordnung / Für einen sicheren Alltag in Steglitz-Zehlendorf	38

12.1 Sicherer Schulweg für alle Kinder	38
12.2 Schutz vor Einbrüchen und Ladendiebstahl.....	39
12.3 Katastrophen- und Krisenvorsorge	39
12.4 Zusammenarbeit mit Verkehr und Infrastruktur	39
12.5 Präsenz und Vertrauen der Polizei	40
 13. Finanzen & Verwaltung / Solide Haushaltsführung. Bürgernähe statt Bürokratie. Steglitz-Zehlendorf wieder handlungsfähig machen	41
13.1 Haushalt konsolidieren, ohne soziale Kahlschläge	41
13.2 Bürgerämter modernisieren, Wartezeiten auf 7 Tage reduzieren.....	41
13.3 Verwaltung effizient machen, Substanz erhalten	42
 14. Meinungsfreiheit & demokratische Kultur / Für offene Debatten, Bürgerbeteiligung und respektvollen Austausch in Steglitz-Zehlendorf	43
14.1 Diskussionsräume für alle.....	43
14.2 Bürgerdialoge, die diesen Namen verdienen	43
14.3 Streitkultur ohne Canceln	44
14.4 Meinungsfreiheit und öffentlich-rechtlicher Rundfunk	44

Präambel

Steglitz-Zehlendorf braucht eine neue politische Kraft, sozial, gerecht und friedensorientiert. Wir treten an, weil wir überzeugt sind, dass Politik den Menschen dienen muss, nicht Ideologien oder Konzepten, die längst gescheitert sind. Vernunft statt Dogma, Lösungen statt Schlagworte, das ist unser Anspruch.

Auch unser Bezirk ist nicht immun gegen die Entwicklungen in Berlin und Deutschland. Steigende soziale Spaltung, wachsende Existenzängste, unsichere Arbeitsverhältnisse und immer höhere Mieten bedrohen den Zusammenhalt.

Wer bei Bildung, Infrastruktur und Sozialstaat kürzt, schwächt unsere wirtschaftliche Grundlage und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Investitionen in Menschen, in Arbeitsplätze und in eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur sind keine Belastung, sondern Voraussetzung für Wohlstand und Stabilität.

In einer anonymen Großstadt wie Berlin darf niemand alleingelassen werden. Eine Gesellschaft, die nach dem Prinzip „Jeder ist sich selbst am nächsten“ funktioniert, verliert ihre Solidarität und am Ende sich selbst. Wir wollen einen Bezirk, der Zusammenhalt organisiert, soziale Sicherheit garantiert und echte Teilhabe ermöglicht.

Bezahlbarer Wohnraum ist dafür zentral. Auch in Steglitz-Zehlendorf wird Wohnen zunehmend zum Luxus. Dem begegnen wir mit mehr Neubau, klarer Regulierung überhöhter Mieten und einem starken, staatlich geförderten Wohnungsbau. Wohnen ist ein Grundrecht.

Lebensqualität bedeutet aber mehr als ein Dach über dem Kopf. Gepflegte Grünflächen, ausreichend Sitzmöglichkeiten, saubere Straßen, sichere Plätze und eine lebendige Parkkultur machen unseren Bezirk attraktiv. Wir wollen, dass die Menschen sich tagsüber wie abends gern im öffentlichen Raum aufhalten und sich sicher fühlen.

Alle Menschen müssen unabhängig von Alter und Einkommen Zugang zu bestmöglicher Gesundheitsvorsorge und medizinischer Versorgung haben. Dafür braucht es eine starke öffentliche Gesundheitsinfrastruktur, wohnortnahe Angebote und gute Arbeitsbedingungen im Pflege- und Gesundheitsbereich. Gesundheit ist staatliche Daseinsvorsorge, kein Geschäftsmodell.

Frieden ist für uns kein fernes Schlagwort. Krieg, ob in der Ukraine, im Nahen Osten oder anderswo, ist die größte Gefahr für Wohlstand, Sicherheit und

gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch ein Bezirk muss Haltung zeigen, für Diplomatie, Ausgleich und eine friedensorientierte Politik.

Eine Militarisierung ziviler Strukturen lehnen wir ab. Sicherheit entsteht durch gut finanzierte, demokratisch kontrollierte und zivil organisierte Hilfssysteme, nicht durch militärische Logiken im Inneren.

Die aktuelle Politik verwaltet Probleme, statt sie strategisch zu lösen. Was fehlt, ist ein langfristiger Plan für Steglitz-Zehlendorf, orientiert an den Bedürfnissen der Menschen.

Wir stehen für ein solches Konzept und fordern ein gerechtes, lebenswertes und friedensorientiertes Steglitz-Zehlendorf.

Dafür treten wir an.

Eine neue politische Kraft in Steglitz-Zehlendorf

Wie wir die Politik im Bezirk gestalten & verändern wollen

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger bereits im ersten Jahr spüren: In der Bezirksverordnetenversammlung wirkt eine neue politische Kraft, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet. Mit klaren Prioritäten, konsequentem Handeln und wenigen, gezielt eingesetzten politischen Instrumenten lassen sich auch auf Bezirksebene spürbare Verbesserungen erreichen.

Transparenz und demokratische Kontrolle stärken

Transparenz ist für uns ein zentrales Prinzip verantwortungsvoller Politik. Instrumente der parlamentarischen Kontrolle, etwa Große Anfragen, Akteneinsicht und öffentliche Anhörungen, wollen wir dort konsequent einsetzen, wo berechtigte Fragen der Öffentlichkeit bestehen. Das gilt beispielsweise für die Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen, für die Entwicklung der Krankenhauslandschaft im Südwesten sowie für Kooperationen im Bereich der zivilen Verteidigung. Unser Ziel ist dabei sachliche Aufklärung und demokratische Kontrolle, nicht politisches Dauer-Theater.

Sachorientierte Mehrheiten im Interesse der Bürger

Wenn es um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Bezirk geht, suchen wir konstruktiv nach Mehrheiten. Dazu gehören insbesondere eine verlässliche Pflege- und Sozialinfrastruktur, der Schutz und die Weiterentwicklung der

Krankenhäuser sowie eine faire und respektvolle Debattenkultur in der Kommunalpolitik. Gleichzeitig gilt: Wir stehen für eigenständige Politik und werden kein bloßer Mehrheitsbeschaffer für ein politisches „Weiter so“ sein.

Realistische Prioritäten statt Symbolpolitik

Verantwortungsvolle Bezirkspolitik bedeutet auch, die eigenen Möglichkeiten realistisch einzuschätzen. Der Bezirk hat selbst dokumentiert, dass Vorgaben in der Vergangenheit teilweise nicht vollständig umgesetzt und bereitgestellte Mittel nicht vollständig verausgabt werden konnten. Daraus sind Nachholpflichten entstanden. Das ist ein deutliches Signal, Prioritäten neu zu ordnen.

Wir setzen deshalb auf Projekte, die tatsächlich umsetzbar sind und für den Bezirk einen konkreten Nutzen bringen, statt auf immer neue Papier-Leuchttürme ohne realistische Umsetzungsperspektive.

Unser Anspruch

Unser Anspruch ist eine Bezirkspolitik, die transparent, lösungsorientiert und verantwortungsvoll handelt, mit klaren Prioritäten, wirksamer Kontrolle und dem Ziel, konkrete Verbesserungen für die Menschen im Bezirk zu erreichen.

1. Frieden

Austausch und Verständigung statt Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit

Im vergangenen Jahr wurden auf Bundes- und Landesebene die Weichen für ein hoch aufgerüstetes und militarisiertes Land gestellt. Der Rüstungsetat des Bundes soll ab 2029 jährlich bis zu 150 Milliarden Euro umfassen, was etwa 30 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes ausmachen würde.

Diese Aufrüstung ist der falsche Weg. Sie verschlingt enorme öffentliche Mittel in einer Branche, in der kaum Wettbewerb herrscht und Preise weitgehend ohne wirksame Kontrolle nach oben getrieben werden. Gelder, die in Steglitz-Zehlendorf dringend für Kitas, Schulen, sozialen Wohnungsbau und die Gesundheitsversorgung benötigt werden, werden so dauerhaft gebunden. Gleichzeitig gerät Deutschland in eine Rüstungsspirale, die nicht nur politisch gefährlich ist, sondern auch wirtschaftliche Abhängigkeiten schafft: Arbeitsplätze, Forschung und Industrie werden zunehmend an militärische

Produktion gekettet, statt auf zivile, nachhaltige Zukunftsfelder ausgerichtet zu werden.

Die dieser Politik zugrunde liegende Annahme, Russland stehe kurz davor, Deutschland oder andere NATO-Staaten anzugreifen, halten wir für nicht tragfähig. Eine solche Eskalationslogik erhöht nicht die Sicherheit, sondern steigert das Risiko eines großen militärischen Konflikts. Selbst im schlimmsten Fall würde ein Krieg zwischen atomar bewaffneten Mächten in eine Katastrophe münden, die niemand gewinnen kann. Sicherheit entsteht nicht durch immer mehr Waffen, sondern durch Diplomatie, Rüstungskontrolle und Vertrauen schaffende Maßnahmen.

Deshalb setzen wir auf Entspannung statt Konfrontation. Notwendig sind neue diplomatische Initiativen, die Wiederaufnahme von Dialog- und Austauschformaten sowie eine Stärkung zivilgesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Kontakte. Frieden und Sicherheit in Europa lassen sich nur gemeinsam erreichen, nicht durch Aufrüstung, Abschreckung und dauerhafte Feindbilder.

1.1 Nein zu Aufrüstung und Militarisierung des Alltags

Wir wenden uns gegen jede Normalisierung von Militär und Krieg in Bildung, Verwaltung und öffentlichem Raum. Öffentliche Mittel müssen in soziale Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz fließen, nicht in Waffen und Rüstung.

1.2 Keine Bundeswehr-Werbung an den Schulen im Bezirk

Schulen sind Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung. Wir sprechen uns klar gegen Werbeauftritte der Bundeswehr an Schulen und schulischen Veranstaltungen in Steglitz-Zehlendorf aus. Jugendliche brauchen Perspektiven, keine militärischen Karriereversprechen.

1.3 Friedensbildung und zivile Konfliktlösung fördern

Wir unterstützen Initiativen der Friedensbildung, politische Bildung und Projekte zur gewaltfreien Konfliktlösung im Bezirk. Frieden beginnt im Alltag, in Schulen,

Nachbarschaften und im respektvollen Miteinander. Steglitz-Zehlendorf soll ein Bezirk sein, der Verantwortung übernimmt: für Frieden, für zivile Sicherheit und für eine Politik, die dem Leben dient, nicht dem Krieg.

1.4 Nein zur Wehrpflicht, Recht auf Kriegsdienstverweigerung schützen

Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden, so steht es in Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes.

Wir sprechen uns klar gegen jede Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. Junge Menschen müssen ihre Rechte kennen und unkompliziert wahrnehmen können. Unter grundrecht-kdv.de steht ein kostenloses, anonym nutzbares Online-Tool bereit, Schritt für Schritt bis zum fertigen Antrag. Einfach. Verständlich. Kostenlos.

1.5 Städtepartnerschaften stärken: Dialog statt Abschottung

Städtepartnerschaften leisten einen wichtigen Beitrag zur Verständigung zwischen Gesellschaften. Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, kultureller Austausch sowie Kooperationen zwischen Schulen, Vereinen und Kommunen schaffen Vertrauen und bauen Vorurteile ab.

Steglitz-Zehlendorf pflegt seit vielen Jahren Partnerschaften mit Städten in Europa und darüber hinaus. Diese Kontakte sind ein wertvoller Bestandteil internationaler Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

Städtepartnerschaften sind Brücken zwischen Gesellschaften. Wir wollen bestehende Partnerschaften pflegen und neue Kontakte aufbauen – auch zu russischen Städten. Gerade in Zeiten internationaler Spannungen ist es wichtig, dass der zivilgesellschaftliche Dialog nicht abreißt. Frieden entsteht durch Austausch, gegenseitiges Verständnis und persönliche Begegnungen, nicht durch Isolation.

Je weniger Menschen miteinander sprechen und voneinander wissen, desto größer ist die Gefahr von Misstrauen und Feindbildern. Städtepartnerschaften können hier Brücken bauen - zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Kulturen und Ländern.

2. Soziale Gerechtigkeit

Sozialen Zusammenhalt stärken

Steglitz-Zehlendorf gilt als wohlhabender Bezirk. Doch soziale Ungleichheit, Existenzangst und Armut sind auch hier Realität. Hinter gepflegten Fassaden stehen Menschen, die trotz Arbeit kaum über die Runden kommen, sowie Obdachlose, prekär Beschäftigte und Menschen, die von steigenden Mieten bedroht sind. Soziale Gerechtigkeit ist kein Randthema, sondern entscheidet über den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Bundespolitische Entwicklungen verschärfen die Situation: Das Bürgergeld wurde abgeschafft, Sanktionssysteme verschärft, Schonvermögen reduziert und Forderungen nach längerer Arbeitszeit, höherem Renteneintrittsalter oder Streichung der telefonischen Krankschreibung werden laut. Die Erzählung „mehr arbeiten“ greift zu kurz, das Problem ist fehlende Kaufkraft und steigende Lebenshaltungskosten, nicht mangelnder Fleiß. Ein geschwächter Sozialstaat schadet der gesamten Gesellschaft und Wirtschaft.

Unser Anspruch: Soziale Gerechtigkeit ist Investition in den Zusammenhalt, nicht Kostenfaktor.

2.1 Obdachlosigkeit beenden, nicht verwalten

Niemand soll im reichen Steglitz-Zehlendorf auf der Straße leben müssen. Obdachlosigkeit ist kein Charakterfehler, sondern oft eine Kettenreaktion aus Krankheit, Trennung, Mietschulden, psychischer Krise, Sucht oder schlicht: Pech in einem brutalen Wohnungsmarkt.

Wir setzen uns ein für:

- ausreichende Unterkünfte und Schutzräume mit Hygiene, Sicherheit und Anbindung an medizinische und psychosoziale Hilfe
- individuelle Unterstützungsangebote, nicht Verdrängung oder reine Ordnungspolitik
- Wohnungsverlust-Prävention: frühzeitige Sozialberatung, Schuldnerhilfe und schnelle unbürokratische Unterstützung
- enge Zusammenarbeit mit Sozialträgern, Kirchen, Kiezinitiativen und Hilfsorganisationen

→ Ziel ist Rückkehr in regulären Wohnraum, statt Verwaltung von Leid.

2.2 Prävention statt sozialer Absturz

Frühzeitige Hilfen verhindern Armut und Obdachlosigkeit.

Wir fordern:

- soziale Beratung vor Kündigungen
- Unterstützung bei drohendem Wohnungsverlust
- verbindliche Rückmelde-Standards und echte Erreichbarkeit der Ämter
- Hilfesysteme, die praktisch helfen statt Akten produzieren

→ *Prävention schützt Menschen und stärkt die Gesellschaft.*

2.3 Bezahlbares Wohnen sichern

Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxus.

Der Bezirk muss:

- alle Mittel nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und auszubauen
- Verdrängung verhindern, besonders bei älteren Menschen, Familien und sozial Schwachen
- Neubauprojekte prüfen, die leistbaren Wohnraum schaffen, statt nur Eigentumswohnungen

→ *Stabile Wohnverhältnisse fördern Zusammenhalt und Sicherheit.*

2.4 Soziale Infrastruktur stärken

Soziale Einrichtungen sichern Teilhabe und Zusammenhalt.

Wir wollen:

- Ausbau von Beratungsstellen, Nachbarschaftszentren und Gesundheitsangeboten
- niedrigschwellige Hilfen, die alle erreichen
- gezielte Vernetzung von Vereinen, Sport- und Kulturangeboten

→ *Ein starker Sozialstaat beginnt vor Ort.*

2.5 Würde statt Sanktionen

Sozialpolitik muss unterstützen statt bestrafen.

Wir stehen für:

- Existenzsicherung, Teilhabe und Respekt im Handeln der Bezirksverwaltung
- unbürokratische, menschliche Lösungen bei Hilfsanfragen
- klare Prioritäten, damit Menschen nicht zwischen Ämtern zerrieben werden

2.6 Einsamkeit überwinden, Begegnung und Teilhabe stärken

Einsamkeit ist kein Randphänomen, sondern ein wachsendes gesellschaftliches Problem, das Menschen aller Altersgruppen betrifft. Besonders ältere Menschen und junge Erwachsene leiden unter Isolation, was psychische, gesundheitliche und soziale Folgen hat. Die Bekämpfung von Einsamkeit ist keine Luxuspolitik, denn Isolation kostet Lebensqualität und verursacht steigende Gesundheitskosten.

Wir wollen Orte, an denen Menschen nicht nur Kunden, sondern Teil der Gemeinschaft sind: Räume für Begegnung, Bewegung, Beratung und generationsübergreifenden Austausch – nicht nur in etablierten Zentren, sondern direkt in den Kiezen, wo Isolation besonders stark ist. Gerade im Alter sind Gemeinschaft und soziale Teilhabe zentrale Faktoren für Gesundheit und Lebensqualität.

Wir setzen auf:

- Stärkung von Nachbarschaftszentren, Mehrgenerationenhäusern und Stadtteiltreffs
- neue, niedrigschwellige Begegnungsorte, barrierefrei und bezahlbar
- gezielte Unterstützung bestehender Vereine sowie Sport- und Kulturangebote
- Patenschafts- und Besuchsprogramme für ältere Menschen
- Mentoring- und Austauschformate für junge Menschen
- generationenübergreifende Projekte, z. B. Senioren-Kita-Kooperationen
- Projekte gegen digitale Ausgrenzung

→ Isolation verhindern, gesellschaftliche Brücken bauen und Zusammenhalt fördern.

Wofür wir im Bezirk stehen:

Das BSW setzt sich für einen Bezirk ein, in dem soziale Gerechtigkeit, Unterstützung und Teilhabe real gelebt werden.

Wir wollen:

- Obdachlosigkeit aktiv beenden, nicht verwalten
- Prävention gegen Armut und Wohnungsverlust stärken
- Bezahlbaren Wohnraum sichern
- Soziale Infrastruktur ausbauen und vernetzen
- Einsamkeit überwinden und Begegnung fördern

→ **Ein solidarisches Steglitz-Zehlendorf, in dem niemand zurückgelassen wird.**

3. Bildung & Jugend

Für gerechte Bildungschancen in Steglitz-Zehlendorf

Das BSW Steglitz-Zehlendorf kämpft für gerechte Bildungschancen für alle Kinder. Klare Standards, frühe Sprachförderung und bessere Bedingungen für Lehrkräfte sind der Schlüssel. Bildung muss Perspektiven bieten. Niemand soll die Schule ohne Zukunft verlassen. Wir fordern vom Senat mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit konkret umgesetzt in unserem Bezirk.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- der gleiche Bildungschancen für alle Kinder garantiert,
- der frühe Förderung und klare Bildungsstandards sicherstellt,
- der Schulen und Kitas personell und strukturell stärkt,
- und der Kindern und Jugendlichen echte Perspektiven für ihre Zukunft bietet.

3.1 Frühe Bildung in unseren Kitas stärken

Frühe Bildung in unseren Kitas: Wir fordern eine Kita-Pflicht vor der Schule. Ab 3 Jahren testen wir Deutschkenntnisse und fördern Defizite gezielt. Unsere drei Säulen – Wertevermittlung, Sprachbildung und Motorik – gelten in allen Einrichtungen. Wir stehen für die Stärkung der 37 öffentlichen Kitas der

Eigenbetriebe Süd-West mit mehr Fachkräften (1:5-Schlüssel für die Altersgruppe über das 3. Lebensjahr hinaus) und Inklusionsräumen, genau dort, wo Eltern es brauchen.

→ *Frühzeitige Förderung schafft die Grundlage für erfolgreiche Bildungswege.*

3.2 Grundschulen stärken und Mindeststandards sichern

Grundschulen mit harten Fakten und überprüfbarem Erfolg: Die Wiedereinführung der Vorschule soll Chancengleichheit schon im Vorfeld real werden lassen. Sprachtests in Klasse 1 und auch hier mit verpflichtender Auffangförderung sollen den Lernerfolg, ebenso aber den Spaß am Lernen fördern. Kein Kind geht ohne sicheres Lesen, Schreiben und Rechnen raus! Für unsere 33 Grundschulen fordern wir die überprüfbare Sicherung der Mindeststandards mit jährlichen Kompetenznachweisen und hundertprozentiger Nachförderung. Aufklärungs- und Präventionsarbeit hinsichtlich Mediennutzung sowie ein Smartphone-Nutzungsverbot auf dem Schulgelände schützt vor Ablenkung und fördert das analoge, bewusste Lernen der Grundschüler.

→ *Klare Leistungsstandards und gezielte Förderung sichern nachhaltigen Lernerfolg.*

3.3 Inklusion verbessern und Förderstrukturen erhalten

Inklusion, die funktioniert: Das jetzige System überfordert Schülerinnen und Schüler, ebenso die Lehrkräfte und Eltern. Wir wollen schrittweise Inklusion mit Erhalt unserer über 10 Förderzentren im Bezirk. Mehr sonderpädagogisches Personal, Inklusionsassistenten und Assistentinnen mit höheren Stunden und Mitteln, Rückzugsräume sowie barrierefreie Neubauten sind Pflicht. Multiprofessionelle Teams in Förderschulen und ISS sorgen für echte Hilfe.

→ *Gute Inklusion braucht ausreichend Personal, passende Strukturen und echte Unterstützung.*

3.4 Sekundarschulen und Berufsorientierung stärken

Sekundarschulen für reale Berufschancen nach dem Schulabschluss: In den 16 Gymnasien und über 12 Integrierten Sekundarschulen (ISS) stärken wir Berufsorientierung durch Partnerschaften mit Firmen. Zudem fordern wir: „Schüler bleiben Schüler – Schutz bis zum Abschluss!“ Solange Ihr Kind zur

Schule geht, gilt voller Jugendschutz: Keine Suspendierung ohne Zustimmung des Jugendamts. Wir schützen vor Überforderung und Folgerisiken, bis zum Schulende. Einfach, fair, verlässlich.

→ *Schule soll Bildung, Orientierung und Schutz bis zum Abschluss gewährleisten.*

3.5 Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte verbessern

Wir unterstützen die GEW-Forderung: Tarifvertrag für Gesundheitsschutz. Durch kleinere Klassen, mehr Sozialpädagogen und Psychologen sollen soziale Aufgaben aufgefangen werden und Lehrkräfte gewinnen Freiraum für den Kernunterricht.

→ *Gute Arbeitsbedingungen stärken Unterrichtsqualität und Bildungsqualität.*

3.6 Hochschulen und Lehrkräfteausbildung stärken

Unbefristete Verträge für Dozierende und Qualitätssicherung mittels Eignungstests (z. B. Praxischeck, Persönlichkeitsdiagnostik). Für eine stabile Lehramtsausbildung ohne Prekarität, fordern wir mehr Professuren an der FU sowie wissenschaftliche Mitarbeiter mit Festanstellung,

→ *Gute Ausbildung und stabile Beschäftigung sichern langfristig qualifizierte Lehrkräfte.*

3.7 Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen stärken

Das BSW unterstützt das Mitspracherecht (Kinder- und Jugendparlament) mit konkreten Antragsrechten und zudem einem festen, eigenem Budget in der BVV zur Umsetzung ihrer Interessen und Vorhaben. Unsere Forderung: echte Mitsprache statt Gerede.

→ *Junge Menschen sollen ihre Interessen aktiv einbringen und Politik im Bezirk mitgestalten können.*

Wofür wir im Bezirk stehen

Das BSW Steglitz-Zehlendorf liefert verlässliche Bildung: Sozial, schützend, chancengleich, ohne Experimente! 35.000 Schülerplätze, 12.500 stetig verbindliche Kita-Plätze nah am Wohnort, ohne Wartezeiten oder

Qualitätsverlust. Wir stehen für das, was Eltern wirklich wollen: Schutz und hohe Standards.

4. Gesundheit

Für eine wohnortnahe und gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung in Steglitz-Zehlendorf

Nicht „kleiner denken“, sondern klüger handeln ist unser Anspruch: weniger kostspielige Showprojekte, mehr Hilfe, die ankommt, mit klaren Forderungen an Land und Bund. Wo Profitgier regiert, wird der Mensch verhandelbar. Das BSW kämpft für einen ortsnahen, niedrighschwelligem und gemeinwohlorientierten Gesundheitssektor, der den Menschen dient, statt Krankheit nur zu verwalten.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- der eine wohnortnahe und verlässliche Gesundheitsversorgung sichert,
- der Pflegebedürftige und Angehörige konkret unterstützt,
- der Prävention, Teilhabe und soziale Gesundheit stärkt,
- und der Krankenhäuser als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge schützt.

4.1 Pflegeinfrastruktur stärken und Angehörige entlasten

Pflege findet in Steglitz-Zehlendorf täglich statt, zu Hause, in Familien, durch Profis – oft am Limit. Schluss mit dem Wegducken! Pflege ist Daseinsvorsorge wie Feuerwehr und Stromnetz. Drei Prinzipien leiten uns: schnell erreichbar, nachvollziehbar, entlastend.

- Pflege-Navigation im Kiez: Wiederkehrende Sprechstunden in allen Ortsteilen, auch mobil unterwegs, mit echter Begleitung im Prozess, nicht nur Info-Broschüren.
- Entlastung für Angehörige: Klare Informationen zu Ansprüchen, Kurzzeitpflege-Plätzen, Tagespflege-Optionen und Haushaltshilfen. „Ein Anruf, ein Weg“ zu unbürokratischer Unterstützung.
- Problemfälle sichtbar machen: Wo Pflege „kippt“ (Lange Wartezeiten, fehlende Plätze, unklare Ansprüche), setzen wir uns mit Nachdruck für Lösungen ein.

→ *Pflege muss für Betroffene und Angehörige schnell erreichbar, verständlich und unterstützend organisiert sein.*

4.2 Inklusion und Teilhabe sichern

Barrierefreiheit ist kein Gnadentat. Wer nicht ohne fremde Hilfe zum Amt kommt oder wegen Stufen und Formularen verzweifelt, ist praktisch ausgeschlossen. Wir setzen auf:

- Barriere-Checks für alle bezirklichen Gebäude, Veranstaltungen und Kommunikation.
- Analoge Zugänge: Recht auf analoge Zugänge zu Behördendiensten, Gesundheit und Pflege; keine Zwangsdigitalisierung oder Pflicht zur elektronischen Patientenakte.
- Gute Erreichbarkeit: Vorrang für sichere, schnelle Wege zu Rathaus, ÖPNV-Knoten und Gesundheitsstandorten.
- Betroffene einbeziehen: Nichts über Betroffene ohne Betroffene; früh einbinden statt verträsten.

→ *Teilhabe bedeutet, dass öffentliche Angebote für alle Menschen zugänglich und nutzbar sind.*

4.3 Prävention und Gesundheitsförderung stärken

Gesundheit beginnt im Alltag. Prävention heißt: Bewegung, gesunde Ernährung, Suchtvorbeugung, psychische Gesundheit und Stressabbau und nicht erst, wenn die Krankheit da ist. Gesundheitsförderung soll im Bezirk als dauerhaftes Angebot spürbar werden, nicht als Projektkarussell.

→ *Vorbeugung und Gesundheitsförderung müssen dauerhaft im Alltag der Menschen verankert werden.*

4.4 Krankenhäuser im Bezirk sichern

Steglitz-Zehlendorf ist im Südwesten Berlins ein Versorgungsanker: mit neun Krankenhäusern und zwei Privatkliniken. Doch durch die bundesweite Krankenhausreform stehen sie massiv unter Druck: 2025 wurden die Investitionsmittel gekürzt (minus ~29 Mio. Euro für dringend nötige Modernisierungen), parallel werden Leistungskategorien und Finanzlogiken umgebaut. Das hat im Südwesten bereits zu Standort-Bündelungen geführt, um

die neuen Vorgaben zu erfüllen. Waldfriede hat erst 2024 Insolvenz angemeldet und nur durch breites Engagement wurde eine Schließung verhindert.

Unsere Haltung: Kein Krankenhaus darf stillschweigend abgewickelt werden. Keine kalte Schließung, kein Bettenabbau auf dem Rücken der Menschen. Wir fordern: kostendeckende Finanzierung statt Personalabbau, bessere Arbeitsbedingungen, eine Personaloffensive und Aufwertung der Pflegeberufe. Die Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge und darf nicht dem Profit geopfert werden.

Eine Verlagerung von Leistungen aus den Krankenhäusern in den ambulanten Bereich kann grundsätzlich sinnvoll sein, aber sie darf erst stattfinden, wenn auch tatsächlich ambulante Strukturen wie Ärztezentren in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Eine solche strukturelle Reform muss einhergehen mit echter Demokratisierung durch eine Bündelung eines Großteils des Angebots in kommunaler Hand bzw. unter kommunaler Verwaltung und unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse. Eine Beschleunigung der Profitgetriebenheit des Gesundheitssektors durch große private Träger im ambulanten Bereich lehnen wir ab.

4.5 Gesundheitspolitik im Bezirk: klare Forderungen statt leerer Versprechen

Was heißt das für den Bezirk?

- Wir wollen eine Standort-Schutzlinie für den Südwesten: BVV-Beschluss und öffentliche Verpflichtung des Landes, dass es keine Standort- oder Abteilungsentscheidungen ohne transparente Begründung, Versorgungsanalyse, medizinische Bedarfspläne und echte Alternativen gibt.
- Wir fordern eine Investitions- und Personaloffensive statt Reform-Rhetorik und stellen uns hinter die Forderungen der Gewerkschaften und der Betriebsräte: Berlin muss Bundesmittel aus Transformationstöpfen vollständig ausschöpfen; wir teilen die seit 2025/26 sehr deutlich formulierte Kritik der Krankenhäuser, dass zu wenig investiert und damit Geld „liegen gelassen“ wird. Es braucht bessere Arbeitsbedingungen und eine Aufwertung der Pflegeberufe.
- Wir setzen auf Kooperation statt Kannibalismus: Das Gesundheitssystem muss wie ein ineinandergreifender Körper funktionieren, die Sektorengrenzen aufgeweicht werden. Krankenhäuser, Notfallversorgung,

Reha, ambulante Versorgung, Pflege und Ernährungsberatung müssen im Südwesten zusammenarbeiten und nicht gegeneinander oder aneinander vorbei.

→ *Gesundheitsversorgung braucht Kooperation, Transparenz und ausreichende Finanzierung.*

4.6 Gesundheit bleibt zivil; keine Militarisierung des Gesundheitssektors

Viele denken: Krieg sei weit weg. Aber er wird plötzlich nah, wenn du mit einem Herzinfarkt ins Krankenhaus musst und dort ist kein Bett frei, weil Soldaten versorgt werden. Genau das hat Berlin 2026 geübt: Bei der Sanitätsübung „Medic Quadriga“ wurden Verwundete aus einem Krisengebiet nach Berlin geflogen und in zivilen Kliniken versorgt, darunter am Charité-Standort Benjamin Franklin, im Helios Emil-von-Behring-Haus und im Krankenhaus Waldfriede. Im Ernstfall soll Deutschland laut Operationsplan NATO-Drehscheibe für Verwundete werden: Experten rechnen mit etwa 1.000 Verletzten pro Tag bundesweit (rund 100 in Berlin).

Das stellt unser System vor dramatische Fragen: Müssen Rettungswagen abgewiesen werden, weil Kapazitäten für Kriegsoffer freigehalten werden? Stehen Intensivbetten und OPs dann für Soldaten bereit und nicht für deine Mutter mit Schlaganfall? Wer trifft bei knappen Ressourcen die Entscheidung, wer behandelt wird: die Ärzte oder das Militär? Diese Fragen sind kein Horrorszenario, sondern Planungsalldag.

Für uns gilt: Gesundheit bleibt zivil. Wir ziehen klare Grenzen:

- Keine militärische Oberhoheit: Krankenhäuser sind keine Gefechtsstände, keine Bundeswehrstützpunkte.
- Rote Linien für die Zivilversorgung: Patientenversorgung bleibt Chefsache der Ärzte und Kommunen, nicht der Generäle.
- Schutz der Beschäftigten: Ärzte und Pfleger sind keine Reserve-Soldaten. Keine Zwangsverlegung oder Einbindung in militärische Strukturen.
- Transparenzpflicht: Offenlegung aller Vereinbarungen zur Krisenversorgung. Bürger müssen erfahren, was geplant wird.
- Zivile Krisenvorsorge statt Manöver: Wer wirklich schützen will, investiert in zivile Notfallkapazitäten (z.B. zusätzliche Beatmungsplätze, Notfallbetten), statt in neue Hubschrauberverbände.

→ Gesundheitsversorgung muss in erster Linie der zivilen Bevölkerung dienen.
→ Statt unser Gesundheitswesen auf Kriegstauglichkeit zu trimmen, brauchen wir Frieden und stabile Verhältnisse hier zuhause. Frieden ist die beste Medizin.

5. Corona-Aufarbeitung

Für Transparenz, Grundrechte und Vertrauen in Steglitz-Zehlendorf

Corona ist nicht „vorbei“, nur weil die Pandemie offiziell beendet wurde und Verordnungen aufgehoben sind. Die Schäden sind da: Lernlücken bei Kindern, zerstörte Existenzen und einsam verstorbene Menschen. Vor allem aber ist bei vielen Bürgern das Vertrauen erschüttert: Grundrechte waren plötzlich verhandelbar, Kritik wurde als Störung behandelt, die Gesellschaft gespalten und Angst als Politikmittel eingesetzt. Die freie Impfscheidung wurde zum Politikum.

Wir stehen für eine Aufarbeitung, die ehrlich bleibt und nichts beschönigt. Ohne Schaum vorm Mund, aber mit klarer Kante: Wer Fehler gemacht hat, muss sie benennen. Wer Menschen zu Unrecht belastet hat, muss korrigieren. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen, um Ähnlichem in Zukunft mit Vernunft und Respekt vor Freiheitsrechten zu begegnen.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- der Transparenz über die Corona-Maßnahmen herstellt,
- der Betroffene ernst nimmt und ihnen Gehör verschafft,
- der Fehler offen aufarbeitet und korrigiert,
- und der Grundrechte sowie die freie medizinische Entscheidung schützt.

5.1 Politische Fehler klar benennen

- Viele Maßnahmen waren schlecht begründet, schlecht kommuniziert und schlecht abgewogen. Nebenfolgen wurden nie sauber aufgearbeitet.
- Es gab massiven sozialen und beruflichen Druck, bis hin zu verlorenen Arbeitsplätzen und Millionen-Bußgeldern für oft nicht erklärbare Verstöße.
- Bewährte Prüfverfahren für die mRNA-Impfstoffe wurden ausgehebelt, massive Nebenwirkungen billigend in Kauf genommen. Die Impfung wurde

weiter mittels 2G/3G-Regelungen sowie sozialem und medialem Druck den Menschen aufgezwungen, obwohl längst klar war, dass sie keinen Eigen- oder Fremdschutz bietet und Kliniken nicht überlastet sind.

- Menschen mit langanhaltenden Beschwerden nach Infektion (Long-/Post-Covid) oder nach Impfungen (PostVac) fühlen sich oft allein gelassen und kämpfen um Anerkennung und Hilfe.

→ Fehler müssen offen benannt werden, damit Vertrauen wieder entstehen kann.

5.2 Aufarbeitung im Bezirk konkret umsetzen

Wir wollen:

- Öffentliche Anhörungen: Betroffene sollen gehört werden: Eltern, Jugendliche, Selbstständige, Ärzte, Pflegekräfte, Kulturschaffende, Menschen in Verfahren oder mit Bußgeldbescheid.
- Transparenz statt Wegducken: Der Bezirk muss offenlegen, was im Corona-Einsatz passiert ist: Vollzugspraktiken, Bußgeldverfahren, Kommunikationswege, Auswirkungen auf soziale Dienste. Das ist weniger Bürokratie, sondern politische Ehrlichkeit.
- Fairness bei Bußgeldern und Strafverfahren: Wir fordern Rehabilitierung und Amnestie aller Betroffenen und eine Prüfung, welche Verfahren noch laufen und eingestellt werden sollten.
- Unterstützung statt Stigma: Wir fordern Lotsen und bessere Beratungswege für Long-/Post-Covid-Patienten und Menschen mit Impfn Nebenwirkungen. Niemand soll im Zuständigkeits-Dschungel allein gelassen werden.

→ Aufarbeitung bedeutet Transparenz, Fairness und konkrete Unterstützung für Betroffene.

5.3 Politische Grenzen für die Zukunft ziehen

Was wir als politische Grenze formulieren:

- In Gesundheitsfragen gilt: Prävention ja, aber ohne Zwang und soziale Ausgrenzung.
- Impfungen sind Behandlungen gesunder Menschen und müssen höchsten Nutzen-Risiko-Standards genügen.
- Wir fordern, offene Sicherheitsfragen lückenlos aufzuklären. Dazu gehört auch ein Moratorium für mRNA-Impfstoffe, bis alle Sicherheits- und Datenfragen geklärt sind.

- Klare politische Zeichen gegen Ausgrenzung und Spaltung müssen gesetzt werden. Angst darf kein Mittel der Politik sein.

→ *Gesundheitsmaßnahmen müssen immer Freiheit, Verantwortung und wissenschaftliche Sorgfalt verbinden.*

Wofür wir im Bezirk stehen:

Zusammengefasst: Wir wollen ehrliche Aufarbeitung, keine Verdrängung. Ein Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus, Rehabilitation Betroffener und Schutz der Grundrechte. Wer fordert, muss liefern!

Die Bürger sollen merken: Aus solchen Fehlern lernen wir; mit Transparenz, Vernunft und Respekt vor dem Einzelnen. Vertrauen und Zusammenhalt sind die beste Vorsorge und nicht Panik und Machtgehebe.

6. Wohnungsbau & Mieten

Mehr Wohnungen. Bezahlbare Mieten. Klare Entscheidungen, statt politischem Stillstand.

Steglitz-Zehlendorf gehört beim Wohnungsneubau seit Jahren zu den schwächsten Bezirken Berlins. Nicht weil der Raum fehlt, sondern weil die politische Führung fehlt. Bauanträge liegen monatelang in der Verwaltung. Nachverdichtungspotenziale bleiben ungenutzt. Sozial gebundener Wohnraum entsteht kaum. Die Folge: Mieten steigen, Familien, Auszubildende und ältere Menschen finden immer schwerer bezahlbare Wohnungen im eigenen Bezirk.

Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis jahrelanger Fehlsteuerung. Nicht neue Programme lösen das Problem. Der Bezirk verfügt bereits über wirksame Instrumente: Bauanträge, Bebauungspläne, städtebauliche Verträge. Was fehlt, ist der Wille, sie konsequent zu nutzen. Das BSW steht für Beschleunigung statt Verzögerung, soziale Bindung statt Luxusfokus, klare Zuständigkeiten statt Verantwortungsdiffusion.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- der Bauanträge zügig bearbeitet statt sie in Abstimmungsschleifen verschwinden zu lassen,
- der sozial gebundenen Wohnraum aktiv schafft statt Luxusprojekte durchzuwinken,
- der bezirkseigene Grundstücke für Wohnungsbau aktiviert statt sie brachliegen zu lassen,
- und der bezahlbare Mieten nicht nur fordert, sondern durch konsequente Steuerung sichert.

6.1 Verfahren beschleunigen, Stillstand beenden

Genehmigungsverfahren dauern zu lange, Zuständigkeiten sind unklar, Projekte scheitern an Abstimmungsschleifen. Das kostet Bauherren Zeit und Geld – und den Bezirk dringend benötigten Wohnraum.

- **Wohnungsbau zur Priorität erklären:** Verbindliche Zielvorgaben für alle beteiligten Fachämter, mit klarer politischer Weisung, Neubauprojekte beschleunigt zu bearbeiten.
- **Zentrales Projektmanagement:** Für größere Bauvorhaben wird ein verantwortlicher Koordinator benannt, der Stellungnahmen bündelt und das Verfahren bis zur Genehmigung steuert.
- **Verbindliche Bearbeitungsfristen:** Interne Fristen für Bauanträge und Vorbescheide werden festgelegt. Fristüberschreitungen werden berichtet und nicht still geduldet.
- **Digitale Verfahren vollständig nutzen:** Das Berliner Baugenehmigungsportal wird verpflichtend eingesetzt. Parallele Papierverfahren werden beendet.

6.2 Nachverdichtung ermöglichen – Potenziale nutzen

Nachverdichtungspotenziale liegen brach, weil überregulierte Bebauungspläne Bauen unnötig erschweren. Wer mehr Wohnraum will, muss Planungsrecht als Werkzeug begreifen, nicht als Hindernis.

- **Bebauungspläne vereinfachen:** Überregulierte Detailvorgaben werden reduziert. Stellplatzschlüssel und Nutzungsvorgaben werden angepasst, um Nachverdichtung zu ermöglichen.
- **§ 246e BauGB konsequent anwenden:** Beschleunigte Verfahren für Wohnungsbau werden aktiv genutzt, Blockaden durch unnötige Verzögerungen werden abgebaut.

- **Denkmal- und Naturschutzfragen frühzeitig klären:** Vorprüfungen schaffen Planungssicherheit. Konflikte werden vor Einreichung vollständiger Bauanträge geklärt, nicht danach.

6.3 Soziale Bindung sichern & bezahlbar bauen - nicht nur viel

Mehr Wohnungen allein reichen nicht. Wer nur Marktpreise zulässt, schafft Wohnraum für Investoren, nicht für Familien. Soziale Bindung muss vertraglich gesichert sein – nicht als Lippenbekenntnis.

- **Städtebauliche Verträge verbindlich einsetzen:** Die in der kooperativen Baulandentwicklung festgeschriebene Quote, die 30 Prozent Sozialbindung bei großen Neubauprojekten vorschreibt, soll auf 50 Prozent erhöht werden.
- **Bezirkseigene Grundstücke aktivieren:** Kommunale Flächen werden systematisch erfasst und per Konzeptverfahren bevorzugt an Träger vergeben, die soziale Bindungen garantieren.
- **Landeseigene Gesellschaften einbinden:** Frühzeitige Abstimmung mit Berlinovo und Degewo verkürzt Planungszeiten und sichert den Fokus auf bezahlbaren Wohnraum.

6.4 Bestand schützen; Leerstand und Zweckentfremdung beenden

Neubau ist wichtig, aber vorhandener Wohnraum darf nicht dem Markt entzogen werden. Wer Zweckentfremdung duldet, schafft Wohnungsmangel durch Untätigkeit.

- **Wohnraum vor Umnutzung schützen:** Umwandlungen in Gewerbe oder Ferienwohnungen werden konsequent unterbunden. Das Zweckentfremdungsrecht wird durchgesetzt, um Wohnungen dem Markt zurückzuführen.
- **Mietwucher bekämpfen:** Zusammenarbeit mit der Prüfstelle des Senats, Online-Meldemöglichkeit für Bürger, konsequente Verfolgung rechtswidriger Mieten.
- **Sozialquoten einhalten:** Der Anteil an Sozialwohnungen in Steglitz-Zehlendorf liegt bei ca. 5 Prozent, also deutlich unter dem Berliner Durchschnitt. Sozialquoten im Neubau müssen strikt eingefordert werden.

Wofür wir im Bezirk stehen:

Das BSW verbindet sozialpolitische Verantwortung mit verwaltungspolitischem Realismus. Wer bezahlbare Mieten sichern will, muss Verwaltungsprozesse beschleunigen und soziale Bindungen durchsetzen und nicht ankündigen. Beides

ist möglich, ohne neue Haushaltsmittel: Der Bezirk hat die Instrumente. Er muss sie nutzen.

Die anderen Parteien reden seit Jahren über die Wohnungsnot. Tatsächlich gehört Steglitz-Zehlendorf gehört beim Neubau zu den schwächsten Bezirken Berlins. Bauanträge liegen monatelang, Nachverdichtungspotenziale bleiben brach, Sozialquoten werden nicht eingefordert. Symbolische Debatten ersetzen keine einzige Wohnung.

Mehr Wohnungen entstehen nicht durch Ankündigungen. Sie entstehen durch klare Prioritäten, verbindliche Fristen und den politischen Willen, vorhandene Instrumente zu nutzen. Dafür steht das BSW.

7. Natur, Stadtgrün & Lebensqualität

Den grünen Südwesten erhalten

Steglitz-Zehlendorf ist der grüne Lungenflügel Berlins. Das bleibt nicht von selbst so. Grünflächen verfallen, Ufer vermüllen, Wildtiere und Haustiere leiden unter Vernachlässigung, Bürgerinnen und Bürger werden aus Erholungsräumen verdrängt, während die Politik symbolische Baumpflanzungen inszeniert und das Grünflächenamt chronisch unterfinanziert.

Das BSW lehnt ideologiegetriebene Verbotspolitik und Umweltpolitik als Selbstdarstellung ab. Wir stehen für ökologische Vernunft mit sozialem Augenmaß: gepflegte Parks, saubere Ufer, tierschutzfreundliche Freiräume, lebenswerte Kieze.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- der seine Grünflächen dauerhaft pflegt, statt sie verfallen zu lassen,
- der Naherholung ermöglicht, statt den öffentlichen Raum bis zur Unbenutzbarkeit zu regulieren,
- der Ordnung und Sauberkeit konsequent durchsetzt, statt Missstände zu verwalten,
- der Wildtiere und Haustiere schützt, ohne Bürger zu belasten,
- und der Bürgerinnen und Bürger ernsthaft beteiligt, statt sie nur anzuhören.

7.1 Natur erleben: Erholung für alle, nicht für wenige

Wälder, Parks und die Seenlandschaft rund um den Wannsee sind Erholungsräume für den gesamten Südwesten. Wer Natur nur schützt, indem er Menschen fernhält, hat Naturschutz falsch verstanden.

- **Freiräume sichern:** Natürliche Freiräume bleiben als Freizeitbereiche erhalten – Sport und Freizeitangebote ausdrücklich eingeschlossen.
- **Seenlandschaft aufwerten:** Naturschutz und Naherholung am Wannsee werden durch kluge Konzepte verbunden, nicht gegeneinander ausgespielt.
- **Verbotspolitik beenden:** Überzogene Zugangsbeschränkungen werden auf den Prüfstand gestellt. Naturschutz gelingt mit den Menschen und nicht gegen sie.

→ *Natur soll geschützt und gleichzeitig erlebbar bleiben.*

7.2 Stadtgrün finanzieren; Pflege statt Pflanzaktionen

Viele Grünflächen leiden unter Unterfinanzierung und Personalmangel im Grünflächenamt. Symbolische Pflanzaktionen für die Pressemitteilung ersetzen keine dauerhafte Pflege.

- **Bestandspflege priorisieren:** Mittel fließen zuerst in die Pflege vorhandener Grünflächen, nicht in neue Prestigeprojekte ohne Unterhaltungsbudget.
- **Straßenbaum-Offensive:** Ein langfristiges Entwicklungsprogramm sichert Pflege und Neupflanzung finanziell ab, nicht als Einmalaktion.
- **Grünflächenamt stärken:** Vakante Stellen werden besetzt. Klimaanpassung braucht Personal, das die Arbeit erledigt, nicht Ankündigungen.

→ *Nachhaltige Grünpolitik bedeutet dauerhafte Pflege statt symbolischer Aktionen.*

7.3 Umweltschutz im Bezirk stärken – Stadtgrün ausbauen

Steglitz-Zehlendorf lebt von Parks, Straßenbäumen und grünen Wohnquartieren, doch Hitze, Versiegelung und immer mehr Baumverluste nehmen zu. Mehr Stadtgrün verbessert das Mikroklima, bindet CO₂ und erhöht die Lebensqualität.

- **Fassaden- und Dachbegrünung:** Programme zur Fassaden- und Dachbegrünung, vereinfachte Genehmigungen und gezielte Förderungen

für Eigentümer und Wohnungsbaugesellschaften, ergänzend zu bestehenden Landesförderungen wie GründachPLUS.

- **Baumpflanzungen:** Wir stärken Baumpatenschaften und Baumspenden, für mehr bürgerschaftliches Engagement zum Erhalt unserer Straßenbäume. Die Zahlen sind eindeutig: In Steglitz-Zehlendorf werden mehr Bäume gefällt als gepflanzt. Das wollen wir ändern.

→ *Mehr Stadtgrün verbessert Klima, Lebensqualität und Aufenthaltsqualität im Bezirk.*

7.4 Tierschutz im Grünen: Schutz für Wildtiere und Haustiere

Wildschwein-Schäden in Gärten und fehlende Auslaufgebiete belasten Bürger.

Wir verbinden Tierschutz mit gepflegtem Grün.

- **Wildtier-Management:** Koordination mit Stadtjägern, Wildtier-Gassen und Aufklärungsworkshops gegen Schäden (z. B. 71 Abschüsse 2024).
- **Haustierfreundlicher Bezirk:** Erweiterte Hundeausläufe, ein Pflegestellen-Netzwerk und kostenlose Registrierungshilfe für Haustiere.
- **Veterinärkontrollen:** Mobile Teams für Prävention illegaler Zucht sowie Schulungen in Kitas zu tierschutzbewusster Nachbarschaft.

→ *Tierschutz bedeutet Verantwortung für Wildtiere, Haustiere und Menschen gleichermaßen.*

7.5 Lebenswerte Kieze und Ordnung; beides gehört zusammen

Ein lebenswerter Kiez zeigt sich im Kleinen: gepflegte Spielplätze, Sitzmöglichkeiten, saubere Ufer. Wer Ordnung fordert, muss sie auch durchsetzen, Appelle allein reichen nicht.

- **Generationen-Spielplätze:** Spielplätze werden zu generationenübergreifenden Kieztreffpunkten ausgebaut, mit mehr Sitzgelegenheiten für ältere Menschen.
- **Saubere Ufer:** Müllinfrastruktur an Uferbereichen wird ausgebaut, die Berliner Stadtreinigung koordiniert eingesetzt. Verbindlich, nicht auf Zuruf.
- **Ordnungsamt präsent:** An Wochenenden und Feiertagen zeigt das Ordnungsamt Präsenz. Parkläufer als Mediatoren vor Ort werden dauerhaft gesichert, nicht projektweise finanziert.

- **Bürgerengagement stärken:** Urban Gardening und Baumscheibenbegrünung werden vom Bezirksamt unbürokratisch unterstützt. Eigeninitiative verdient Rückendeckung.

→ *Lebensqualität entsteht durch gepflegte öffentliche Räume und sichtbare Ordnung.*

7.6 Echte Bürgerbeteiligung und keine Hinterzimmerpolitik

Die Menschen in Lichterfelde, Lankwitz, Steglitz und Zehlendorf wissen selbst, was ihr Kiez braucht. Beteiligung muss frühzeitig und ergebnisoffen sein und kein Ritual, das folgenlos bleibt.

- **Mitsprache garantieren:** Beiräte und Bürgerinitiativen erhalten echte Mitsprachemöglichkeiten bei Bau-, Tier- und Naturschutzprojekten.
- **Keine Entscheidungen über Köpfe hinweg:** Große Vorhaben werden nicht ohne Anwohnerbeteiligung beschlossen. Ökologische Weiterentwicklung gelingt nur mit den Bürgern.
- **Klare Verfahren:** Beteiligung braucht nachvollziehbare Begründungen und verbindliche Fristen, damit Mitwirkung nicht zur Verzögerung ohne Ergebnis wird.

→ *Gute Politik entsteht durch frühzeitige und verbindliche Bürgerbeteiligung.*

Wofür wir im Bezirk stehen

Das BSW verbindet ökologische Vernunft mit sozialer Verantwortung. Naturschutz und Naherholung sind kein Widerspruch. Wer Grünflächen für Menschen sperrt statt sie zu pflegen, betreibt Umweltpolitik als Selbstdarstellung.

Unser Maßstab ist konkret: gepflegte Grünflächen in jedem Kiez, saubere Ufer am Wannsee, ein Ordnungsamt, das präsent ist, Wildtiere kontrolliert und Haustiere willkommen heißt, sowie Beteiligungsverfahren, die zu Ergebnissen führen. Das ist finanzierbar, wenn Prioritäten klar gesetzt werden statt Symbolprojekte zu finanzieren.

Ein starker Bezirk entsteht nicht durch Schlagworte. Er entsteht durch klare Prioritäten, solide Haushaltsführung und den politischen Willen, Zusagen einzuhalten. Dafür steht das BSW.

8. Mobilität & Verkehr

Für ein funktionierendes und attraktives Verkehrssystem

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Menschen müssen zuverlässig zur Arbeit, zur Schule, zum Arzt oder zum Einkaufen gelangen. Gleichzeitig dient ein gut organisierter und umweltschonender Verkehr der Gesundheit der Menschen sowie dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Bezirk.

In Steglitz-Zehlendorf zeigt sich jedoch zunehmend, dass das Verkehrssystem an vielen Stellen nicht mehr zuverlässig funktioniert. Verspätete oder ausfallende Busse und Bahnen, unübersichtliche Baustellen, überlastete Straßen und unzureichende Fahrradabstellmöglichkeiten prägen den Alltag vieler Menschen. Gerade wer auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen ist, spürt die mangelnde Verlässlichkeit besonders deutlich.

Eine moderne Verkehrspolitik muss alle Verkehrsformen zusammendenken: einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, sichere Wege für den Radverkehr, funktionierende Straßen für den Autoverkehr und gute Bedingungen für Fußgängerinnen und Fußgänger. Verkehrspolitik darf nicht einzelne Gruppen gegeneinander ausspielen, sondern muss Lösungen entwickeln, die im Alltag der Menschen funktionieren.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- der einen zuverlässigen und attraktiven öffentlichen Nahverkehr bietet,
- der sichere Bedingungen für Fuß-, Rad- und Autoverkehr schafft,
- der Verkehrsmaßnahmen pragmatisch und am tatsächlichen Nutzen für die Menschen orientiert umsetzt,
- und der Mobilität so organisiert, dass sie Lebensqualität, Gesundheit und Umwelt im Bezirk verbessert.

8.1 Öffentlichen Nahverkehr zuverlässiger und attraktiver machen

Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat einer funktionierenden Stadt. In der Praxis erleben viele Menschen jedoch Verspätungen, Zugausfälle und überfüllte Fahrzeuge.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- mehr politischen Druck auf BVG und S-Bahn, um Zuverlässigkeit und Wartung zu verbessern
- dichtere Taktzeiten in Berufs- und Schulzeiten
- bessere Abstimmung zwischen Bezirk und Verkehrsunternehmen
- saubere und sichere Bahnhöfe sowie eine höhere Fahrgastfreundlichkeit
- einen alltagstauglichen ÖPNV mit besseren Umstiegsmöglichkeiten, klarer Beschilderung und verständlicher Information für Fahrgäste - insbesondere im Busverkehr

→ Ziel muss ein Nahverkehr sein, der so zuverlässig und attraktiv ist, dass Menschen freiwillig vom Auto auf Bus und Bahn umsteigen. Internationale Beispiele wie London zeigen, dass ein dichter Takt und gut gepflegte Bahnhöfe entscheidend für die Attraktivität des ÖPNV sind.

8.2 Baustellen- und Verkehrsplanung im Bezirk besser koordinieren

Baustellen, Sperrungen und unzureichend abgestimmte Verkehrsmaßnahmen führen immer wieder zu unnötigen Staus und Belastungen für die Bevölkerung.

Wir wollen deshalb:

- eine bessere Abstimmung von Bau- und Verkehrsmaßnahmen im Bezirk
- eine vorausschauende Planung, um Verkehrschaos zu vermeiden
- eine stärkere Rolle des Bezirks bei der Koordination lokaler Verkehrsmaßnahmen

→ Gerade auf Bezirksebene lassen sich durch bessere Planung viele Probleme im Alltag der Menschen vermeiden.

8.3 Fahrradverkehr sicherer und praktischer machen

Viele Menschen im Bezirk nutzen das Fahrrad im Alltag. Gleichzeitig fehlt es häufig an sicheren Abstellmöglichkeiten, besonders an Bahnhöfen und wichtigen Verkehrsknotenpunkten. Fahrraddiebstahl ist ein weit verbreitetes Problem.

Wir setzen uns ein für:

- deutlich mehr sichere Fahrradstellplätze an Bahnhöfen und zentralen Orten
- bessere und diebstahlsichere Abstellanlagen
- eine regelmäßige Pflege und Instandhaltung von Radwegen
- ausreichend Fahrradstellplätze auch bei Wohngebäuden

→ Wer das Fahrrad stärker nutzen soll, braucht sichere Wege und verlässliche Abstellmöglichkeiten.

8.4 Verkehrspolitik für alle Verkehrsteilnehmer

Eine funktionierende Verkehrspolitik berücksichtigt die Bedürfnisse aller Menschen, unabhängig davon, ob sie zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Auto oder mit Bus und Bahn unterwegs sind.

Wir stehen für:

- eine ausgewogene Nutzung des öffentlichen Raums
- eine frühzeitige und transparente Bürgerbeteiligung bei Verkehrsprojekten
- pragmatische Lösungen statt ideologischer Verkehrspolitik

→ *Verkehrspolitik muss den Alltag der Menschen verbessern, nicht neue Konflikte schaffen.*

8.5 Vernünftige Prioritäten statt Prestigeprojekte

Teure Großprojekte mit fragwürdigem Nutzen dürfen nicht länger Vorrang haben, wenn gleichzeitig viele kleinere Verbesserungen im Alltag fehlen.

Wir setzen uns ein für:

- Maßnahmen mit direktem Nutzen für die Menschen im Bezirk
- Verbesserungen an Bahnhöfen und im öffentlichen Raum
- konkrete Projekte wie zusätzliche Aufzüge an Bahnhöfen, bessere Beleuchtung oder die Aufwertung wichtiger Plätze

→ Viele kleinere Maßnahmen können den Alltag stärker verbessern als wenige sehr teure Prestigeprojekte.

8.6 Realistische Verkehrspolitik statt unrealistischer Verbote

Eine pauschal autofreie Stadt würde die Verkehrsprobleme nicht lösen, sondern neue schaffen. Initiativen wie der Volksentscheid „Berlin autofrei“ würden zu erheblichen Einschränkungen im Verkehrssystem führen und viele Menschen im Alltag überfordern. Auch wirtschaftliche Aspekte müssen berücksichtigt werden: Handwerksbetriebe, Lieferverkehr, Pflege- und Rettungsdienste sind auf funktionierende Straßen angewiesen. Eine Verkehrspolitik, die vor allem auf

Verbote und Bürokratie setzt, hilft weder der Wirtschaft noch den Menschen im Alltag.

Unser Ansatz ist ein anderer: Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr so attraktiv machen, dass Menschen freiwillig umsteigen. Dazu gehören verlässliche Takte, moderne Bahnhöfe, bessere Umsteigemöglichkeiten und ein verständlicher, gut organisierter Verkehr.

→ *Ein gutes Verkehrssystem überzeugt durch Qualität und Zuverlässigkeit, nicht durch Verbote.*

Wofür wir im Bezirk stehen:

Mobilität muss im Alltag funktionieren. Menschen müssen zuverlässig, sicher und bezahlbar durch den Bezirk und die Stadt kommen.

Deshalb setzen wir auf eine Verkehrspolitik, die alle Verkehrsformen zusammendenkt: einen starken öffentlichen Nahverkehr, sichere Bedingungen für Rad- und Fußverkehr und funktionierende Straßen für den Autoverkehr.

Unser Ziel ist ein Verkehrssystem in Steglitz-Zehlendorf, das zuverlässig funktioniert, die Lebensqualität im Bezirk verbessert und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.

9. Wirtschaft, Arbeit & Digitalisierung:

Für ein wirtschaftlich starkes Steglitz-Zehlendorf

Für ein wirtschaftlich starkes Steglitz-Zehlendorf müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort, in der Stadt und bundesweit stimmen. Die aktuelle Rezession mit sinkender Kaufkraft, hohen Energiepreisen und rückläufigen Aufträgen belastet auch unseren Bezirk. Deshalb setzen wir uns für Investitionsanreize und wirtschaftliche Impulse ein, die insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen stärken.

Wir orientieren uns dabei auch an den Zielen der Wirtschaftsförderung des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf, die auf die Stärkung regionaler Beschäftigung,

die bessere Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sowie die Entwicklung zukunftsfähiger Wirtschaftsstandorte abzielt. Aufbauend auf bestehenden Projekten wie dem Regionalinkubator und dem Bezirklichen Bündnis für Wirtschaft und Arbeit wollen wir die Zusammenarbeit im Bezirk weiter ausbauen.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- der kleine und mittelständische Unternehmen stärkt und wirtschaftliche Impulse setzt,
- der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung besser miteinander vernetzt,
- der Innovation, Gründungen und Unternehmensnachfolge fördert,
- und der Digitalisierung sowie nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung voranbringt.

9.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen verbessern

Für ein wirtschaftlich starkes Steglitz-Zehlendorf müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb setzen wir uns für Investitionsanreize und wirtschaftliche Impulse ein, die insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen stärken.

Wir orientieren uns dabei auch an den Zielen der Wirtschaftsförderung des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf, insbesondere an der Stärkung regionaler Beschäftigung, der besseren Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sowie der Entwicklung zukunftsfähiger Wirtschaftsstandorte.

9.2 Verwaltung beschleunigen und Verfahren vereinfachen

Konkret bedeutet das: Genehmigungsverfahren sollen messbar beschleunigt werden, indem wirtschaftsrelevante Anträge innerhalb von maximal acht Wochen bearbeitet werden.

→ Schnelle und verlässliche Verfahren sind eine wichtige Voraussetzung für Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung.

9.3 Leerstände reduzieren und Kieze stärken

Leerstände in zentralen Kiezlagen sollen durch aktive Vermittlung und Zwischennutzungskonzepte innerhalb eines Jahres deutlich reduziert werden.

→ *Belebte Geschäftsstraßen stärken lokale Wirtschaft, Nahversorgung und die Attraktivität der Kieze.*

9.4 Gründungen und Innovation fördern

Zudem streben wir an, jährlich neue Gründungs- und Netzwerkformate zwischen Start-ups, Handwerk und etablierten Betrieben zu etablieren. Mit einem Innovationscampus fördern wir den Austausch zwischen Start-ups, Unternehmen und Hochschulen.

9.5 Wissenstransfer und Unternehmensnachfolge sichern

Nach dem Prinzip „Alt hilft Jung“ unterstützt der Bezirk Mentoring-Programme, um Wissenstransfer und Unternehmensnachfolge aktiv zu sichern.

→ *Erfahrung und Innovation sollen miteinander verbunden werden, um wirtschaftliche Stabilität und neue Ideen zu fördern.*

9.6 Nachhaltigkeit und Digitalisierung voranbringen

Der wirtschaftliche Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz muss technologieoffen und sozial verträglich erfolgen. Unternehmen brauchen Planungssicherheit und Beschäftigte gezielte Weiterbildungsangebote.

Gleichzeitig treiben wir die Digitalisierung voran: flächendeckender Glasfaserausbau, öffentliches WLAN sowie eine moderne Verwaltung, bei der zentrale Behördengänge vollständig digital möglich sind.

Wofür wir im Bezirk stehen:

Unser Ziel ist ein wirtschaftlich starkes Steglitz-Zehlendorf, das Innovation, gute Arbeit und soziale Verantwortung verbindet. Eine starke Wirtschaft soll allen zugutekommen und nachhaltige Perspektiven für den Bezirk schaffen.

10. Kultur, Vereine & Sport

Für lebendige Kultur, starke Vereine und einen vielfältigen Sport in Steglitz-Zehlendorf

Kulturpolitik hat einen Auftrag: Bildung, Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Für uns ist klar: Kultur und Bildung gehören zur öffentlichen

Daseinsvorsorge. Musikschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken schaffen Bildung und Begegnung für alle Generationen. Kultur- und Sportpolitik muss sich an der Bevölkerung orientieren; zugänglich, sozial und frei von ideologischer Vereinnahmung.

In Steglitz-Zehlendorf haben sich Hunderte Vereine und Bürgerinitiativen gebildet, von Sportclubs bis zu Musik- und Theatergruppen, von Bürgerhäusern bis zu Büchereien. Ehrenamtliche fördern jährlich Tausende Kinder und Jugendliche.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- der Kultur, Bildung und Sport als öffentliche Daseinsvorsorge stärkt,
- der Vereine und ehrenamtliches Engagement unterstützt,
- der kulturelle Angebote für alle Generationen zugänglich macht,
- und der Sport- und Kultureinrichtungen dauerhaft sichert und modernisiert.

10.1 Kultur- und Bildungseinrichtungen sichern

Viele kulturelle Einrichtungen geraten unter massiven Druck. Haushaltsengpässe zwingen zum Personalabbau und verkürzen Öffnungszeiten. Volkshochschul-Kurse, Bibliotheksangebote und Sporthallen stehen auf Wartelisten. Gleichzeitig steigen Mieten und Energiekosten. Freie Kulturzentren wie die UFA-Fabrik oder soziale Sportplätze sind bedroht.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- die vollständige Finanzierung von Musikschule und Volkshochschule im Bezirkshaushalt
- den Ausbau der Kurskapazitäten, damit Bildung niedrigschwellig zugänglich bleibt

→ *Bildung und kulturelle Teilhabe müssen allen Menschen offenstehen.*

10.2 Bibliotheken als Lern- und Begegnungsorte stärken

Bibliotheken sind zentrale Orte für Bildung, Lernen und Begegnung im Bezirk.

Wir wollen:

- längere, familienfreundliche Öffnungszeiten
- mehr Wochenendstunden
- einen umfangreicheren E-Book-Service und mehr digitale Angebote

→ *Bibliotheken sollen als Lern- und Begegnungsorte für alle Generationen gestärkt werden.*

10.3 Kulturförderung im Bezirk ausbauen

Der bestehende Bezirkskulturfonds ist ein wichtiges Instrument zur Förderung lokaler Kulturarbeit.

Wir setzen uns ein für:

- eine deutliche Aufstockung des Kulturförderfonds
- Förderung von Projekten, die viele Menschen erreichen und im Bezirk verankert sind
- besondere Unterstützung für Schulen, Kitas, lokale Künstler und Kultureinrichtungen
- zudem wollen wir friedenspolitische Kulturarbeit fördern, etwa durch Kulturprojekte für Frieden, internationale Begegnung und Dialog. Beispielsweise: Schulpartnerschaften oder Ausstellungen.

→ *Kulturförderung soll lokale Initiativen stärken und gesellschaftlichen Dialog fördern.*

10.4 Vereine und Ehrenamt entlasten

Die Vereine im Bezirk leisten unverzichtbare Arbeit für Gemeinschaft und Jugendarbeit. Viele stehen jedoch durch steigende Kosten und fehlende Räume unter Druck.

Wir fordern deshalb:

- Zuschüsse für Energiekosten und Material
- günstige Räume für Sport- und Musikvereine
- ein Soforthilfe-Programm für Vereine in finanziellen Notlagen

→ *Ehrenamtliche Arbeit muss unterstützt und nicht zusätzlich belastet werden.*

10.5 Sportanlagen modernisieren und Investitionsstau abbauen

Im Bezirk besteht ein erheblicher Investitionsstau bei Sportstätten. In Lichterfelde fehlt ein modernes Schwimmbad, in Lankwitz eine Jugendhalle und in Zehlendorf sind viele Sportplätze sanierungsbedürftig. Der Investitionsstau bei Sportanlagen beläuft sich inzwischen auf zweistellige Millionenbeträge, während im Bezirk nur ein Bruchteil der benötigten Mittel verfügbar ist.

Wir setzen uns ein für:

- Sanierungen und Neubauten von Sportplätzen und Sporthallen
- keine Schließungen aus Sparzwang
- Solaranlagen auf Hallendächern und Regenwassernutzung zur Kostensenkung

→ *Sportstätten müssen erhalten, modernisiert und langfristig gesichert werden.*

10.6 Kulturelle Teilhabe im Bezirk erweitern

Kultur soll im Alltag der Menschen sichtbar und erlebbar sein.

Wir wollen:

- den Aufbau eines Bürgerkulturhauses
- ein Jugendkulturforum im Bezirk
- mehr Straßentheater, Open-Air-Festivals und Jugendkunst in den Kiezen

→ *Kultur gehört in den öffentlichen Raum und in das Leben der Menschen.*

10.7 Demokratische Mitbestimmung stärken

Kultur- und Sportpolitik darf nicht hinter verschlossenen Türen entschieden werden.

Wir fordern deshalb:

- einen Bürgerhaushalt für Kultur und Sport, in dem über Projekte abgestimmt wird
- Entscheidungen auf Basis transparenter Bedarfspläne

→ *Bürgerinnen und Bürger sollen aktiv an kultur- und sportpolitischen Entscheidungen beteiligt werden.*

10.8 Öffentliche Kultur in öffentlicher Hand sichern

Öffentliche Kultur darf nicht schleichend ausgehöhlt oder privaten Investoren überlassen werden.

Kultureinrichtungen wie die Schwartzsche Villa in Steglitz sind öffentlicher Besitz und müssen dies bleiben.

→ *Kulturelle Einrichtungen sind Teil der öffentlichen Infrastruktur des Bezirks.*

Wofür wir im Bezirk stehen:

Kultur, Vereine und Sport sind Herz und Seele von Steglitz-Zehlendorf. Sie verbinden Menschen und schaffen Gemeinschaft.

Unsere Politik setzt darauf, diese Stärken zu fördern: mit Investitionen statt Abbau, mit sozialen Angeboten statt Ausgrenzung und mit echter Bürgerbeteiligung statt Verwaltungspassivität.

Nur so können wir Bildung, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt für alle sichern. Das ist unser Auftrag.

11. Migration & Integration

Ordnung, Fairness und gelingende Integration vor Ort

Steglitz-Zehlendorf ist ein vielfältiger Bezirk mit sehr unterschiedlichen Sozialräumen, von einkommensstärkeren Stadtteilen im Westen bis zu dichter besiedelten Quartieren in Lankwitz und Steglitz. Integration gelingt nur, wenn sie organisiert, finanziert und sozial ausgewogen gestaltet wird. Um der akuten Überlastung der Sozialsysteme entgegenzuwirken und um eine bestmögliche Integration zu gewährleisten, muss die Migration auf ein handhabbares Niveau begrenzt werden. Wir stehen für eine Politik, die humanitäre Verantwortung mit Ordnung, Steuerung und klaren Regeln verbindet und die die Kommunen nicht alleinlässt.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- der Migration ordnet statt verwaltet,
- der Integration über Arbeit und Sprache sichert und nicht über Dauertransfer,
- der seine sozialen Infrastrukturen schützt und gerecht verteilt,
- und der Bürgern ehrlich sagt, was Migration kostet und was sie bringt.

11.1 Bezirke dürfen nicht überfordert werden

Die Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Bezirke wie Steglitz-Zehlendorf dürfen nicht strukturell überlastet werden und müssen eine ausreichende finanzielle Unterstützung vom Berliner Senat erhalten.

Wir setzen uns ein für:

- transparente Verteilung von Unterkünften im Bezirk
- frühzeitige Information der Anwohnerinnen und Anwohner
- Beteiligung der Bezirksverordnetenversammlung bei Standortentscheidungen
- ausreichende finanzielle Ausstattung für Schulen, Kitas und soziale Infrastruktur

→ Integration scheitert, wenn Klassen überfüllt sind und Bürgerämter monatelang überlastet bleiben und Bezirke erst reagieren können, wenn Probleme bereits entstanden sind.

11.2 Integration beginnt in der Schule und bei der Sprache

Bildung ist der wichtigste Schlüssel für gelingende Integration. Schulen tragen dabei eine zentrale Verantwortung, gerade in Quartieren mit hohem Förderbedarf.

Wir fordern im Bezirk:

- mehr Willkommensklassen mit klarer Übergangsstrategie in Regelklassen
- zusätzliche Schulsozialarbeit besonders in stark belasteten Schulen
- verpflichtende und qualitätsgesicherte Sprachförderung
- enge Zusammenarbeit mit Eltern

→ Integration darf nicht zu Lasten der Bildungsqualität aller Kinder gehen. Schulen in Lankwitz und Steglitz mit hohem Förderbedarf brauchen gezielte Unterstützung statt pauschaler Verteilung von Ressourcen.

11.3 Schnell in Arbeit - statt dauerhaft im Transfersystem

Integration gelingt nur über Arbeit. Wer arbeiten kann, gewinnt Eigenständigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und Perspektiven.

Auf Bezirksebene setzen wir uns ein für:

- bessere Zusammenarbeit zwischen Jobcenter, Bezirksamt und lokalen Unternehmen
- gezielte Vermittlung in Handwerk, Pflege und Mittelstand
- Sprachkurse mit Berufsbezug
- Beratung zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse

→ *Wer dauerhaft bleibt, muss arbeiten können und arbeiten wollen. Das stärkt Selbstständigkeit, erleichtert Integration und entlastet die öffentlichen Haushalte.*

11.4 Klare Regeln und konsequente Durchsetzung

Integration braucht Akzeptanz. Akzeptanz entsteht jedoch nur dort, wo Regeln gelten und durchgesetzt werden.

Wir stehen für:

- konsequentes Vorgehen gegen Gewalt und Straftaten
- Unterstützung von Präventionsarbeit in Schulen und Jugendzentren
- enge Kooperation mit Polizei und Präventionsräten im Bezirk

→ *In Steglitz-Zehlendorf muss gelten: Wer hier lebt, respektiert unsere Gesetze und unsere freiheitliche Ordnung.*

11.5 Soziale Balance im Bezirk sichern

Migration wirkt sich direkt auf Wohnungsmarkt, Infrastruktur und soziale Stabilität in den Quartieren aus. Eine kluge Standortplanung ist deshalb entscheidend, um Überlastungen einzelner Kieze zu vermeiden.

Wir setzen uns ein für:

- ausgewogene Verteilung sozialer Infrastruktur
- Schutz bezahlbaren Wohnraums
- Vermeidung von Brennpunktbildung durch kluge Standortplanung
- Stärkung von Quartiersarbeit und Nachbarschaftsprojekten

→ *Integration funktioniert nur, wenn sie sozial ausgewogen organisiert wird und nicht einzelne Kieze überfordert.*

11.6 Ehrenamt stärken, staatliche Verantwortung sichern

Viele Initiativen und Vereine leisten im Bezirk wichtige Integrationsarbeit. Dieses Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung. Gleichzeitig darf Ehrenamt staatliche Verantwortung nicht ersetzen.

Wir fordern:

- verlässliche Förderstrukturen für bewährte Projekte
- klare Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirk
- Transparenz über eingesetzte Mittel

11.7 Integration braucht passende Standorte

Integration gelingt dort am besten, wo Menschen Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialer Infrastruktur haben. Standorte für Unterkünfte müssen deshalb auch unter diesem Gesichtspunkt gewählt werden. Die Unterkunft in der Thielallee zeigt, wie problematisch fehlende Planung sein kann. Geflüchtete werden dort in provisorischen und einfachen Unterkünften untergebracht, in einer Umgebung, die kaum auf Integration ausgerichtet ist und nur begrenzte Arbeits- und Bildungsangebote im unmittelbaren Umfeld bietet.

Unser Ansatz ist klar:

- Unterkünfte müssen menschenwürdig sein
- Standorte müssen Integrationsperspektiven bieten
- Planung muss langfristig und sozial ausgewogen erfolgen

→ Integration beginnt nicht erst im Sprachkurs, sie beginnt bei der Frage, wo und unter welchen Bedingungen Menschen im Bezirk ankommen.

Wofür wir im Bezirk stehen:

Migration ist eine soziale und organisatorische Herausforderung für Kommunen. Wer Integration ernst meint, muss Schulen stärken, Wohnraum sichern und Wege in Arbeit ermöglichen.

Symbolpolitik hilft dabei nicht. Was gebraucht wird, sind klare Regeln, funktionierende Strukturen und ehrliche Kommunikation gegenüber den Bürgern.

Wir setzen auf eine Politik, die Integration ermöglicht, ohne soziale Infrastrukturen zu überlasten: Arbeit statt Dauertransfer, Sprache statt Parallelstrukturen, ausgewogene Verteilung statt Kiez-Überforderung.

Steglitz-Zehlendorf braucht eine Migrationspolitik, die ordnet, integriert und Verantwortung übernimmt - pragmatisch, sozial und alltagstauglich.

12. Sicherheit & Ordnung

Für einen sicheren Alltag in Steglitz-Zehlendorf

Steglitz-Zehlendorf ist der Bezirk mit der niedrigsten Kriminalitätsrate in Berlin und das soll auch mit dem BSW so bleiben. Sicherheit ist ein zentrales Anliegen: mehr Polizei vor Ort, bessere Beleuchtung und echte Schutzmaßnahmen für unsere Bürgerinnen und Bürger. Jedes Kind verdient einen sicheren Schulweg, jede Familie und jede ältere Person ein sicheres Zuhause. Unser Ansatz ist praxisnah, altersgerecht und umsetzbar; Schutz statt Symbolpolitik.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- in dem Kinder sicher zur Schule kommen,
- in dem öffentliche Verkehrsmittel zuverlässig und sicher sind,
- in dem Einbrüche und Ladendiebstähle wirksam verhindert werden,
- und in dem Katastrophen- und Krisenvorsorge realistisch und bürgernah organisiert ist.

12.1 Sicherer Schulweg für alle Kinder

Jedes Kind soll ungehindert und geschützt zur Schule gelangen. Dazu fordern wir:

- die gesetzliche Pflicht von Tempo-30-Zonen in Schulnähe: ausnahmslos, dauerhaft und ohne Befristung
- Ampeln, Zebrastreifen, Berliner Kissen und Verkehrssicherheitszäune dort, wo sie fehlen
- schnelle und unkomplizierte Umsetzung ohne unnötige bürokratische Hürden
- enge Zusammenarbeit mit der BVG für mehr Busse und Züge zu Stoßzeiten, beleuchtete Wege und übersichtliche Haltestellen
- Förderung von Programmen wie „Gemeinsam laufen“, um Kinder sicher zu begleiten und Eltern zu entlasten

→ *Chaos, Stress und Angst werden durch klare, praktikable Maßnahmen ersetzt.*

12.2 Schutz vor Einbrüchen und Ladendiebstahl

Die Angst vor Einbrüchen ist real: 42 % Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Besonders die Schlossstraße ist von Ladendiebstählen betroffen.

Wir setzen uns ein für:

- mehr Streifendienste und Ausbau der Polizeiabschnitte 43/45/46
- Videoüberwachung an Hotspots
- präventive Angebote, z. B. kostenlose Kurse zum Einbruchschutz
- altersgerechte Maßnahmen, da unser Bezirk den höchsten Altersdurchschnitt Berlins hat

→ *Schutz von Eigentum, Geschäften und allen Bürgerinnen und Bürgern steht an erster Stelle.*

12.3 Katastrophen- und Krisenvorsorge

Der Stromnetz-Anschlag im Januar 2026 hat gezeigt, wie wichtig realistische Vorsorge ist. Tausende Menschen, besonders ältere oder hilfsbedürftige, waren betroffen.

Wir fordern:

- Notstromaggregate an Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Wohngebieten
- Regelmäßige Übungen mit THW, DRK und Koordination mit Brandenburg
- Ausbau von Feuerwehr, Rettungsdiensten, Gesundheitsversorgung und Nachbarschaftsstrukturen
- Zivile, demokratische und solidarische Organisation von Katastrophenschutz, statt Militarisierung
- Ablehnung von Bundeswehr-Übungen im Bezirk für Kriegsszenarien

→ *Schutz und Vorsorge müssen realistisch, bürgernah und umfassend sein.*

12.4 Zusammenarbeit mit Verkehr und Infrastruktur

Sichere Schulwege und öffentliche Räume hängen eng mit Verkehr und Infrastruktur zusammen.

Wir setzen uns ein für:

- beleuchtete Wege zu Bahnhöfen
- übersichtliche Haltestellen
- enge Abstimmung zwischen Polizei, BVG und Bezirksverwaltung
- Elterntaxis nur als Ausnahme, nicht als dauerhafte Lösung

→ *Sicherheit und Mobilität für Kinder, Jugendliche und Familien gehen Hand in Hand.*

12.5 Präsenz und Vertrauen der Polizei

Mehr Polizei vor Ort schafft sichtbare Sicherheit und schnelle Hilfe.

Wir wollen:

- verstärkte Streifenpräsenz, insbesondere an kritischen Orten
- Ausbau und Modernisierung von Polizeiabschnitten
- präventive Maßnahmen, wie Sicherheitskurse für Bürgerinnen und Bürger

→ *Vertrauen in die Sicherheit steigt durch konsequente, sichtbare Präsenz.*

Wofür wir im Bezirk stehen

Das BSW nimmt die Menschen ernst: Wir hören zu, setzen um und schaffen praktische Lösungen für mehr Sicherheit.

Unser Ziel ist ein Steglitz-Zehlendorf, das:

- den sichersten Schulweg für Kinder garantiert
- Eigentum, Geschäfte und öffentliche Räume schützt
- für alle Altersgruppen realistische Katastrophen- und Krisenvorsorge bietet
- sichtbare Polizei und wirksame Maßnahmen vereint

→ Keine Experimente, sondern Schutz für Familien, Senioren und Jugendliche

13. Finanzen & Verwaltung

Solide Haushaltsführung. Bürgernähe statt Bürokratie. Steglitz-Zehlendorf wieder handlungsfähig machen.

Steglitz-Zehlendorf steckt in einer selbst verschuldeten Haushaltskrise: 10 Millionen Euro Defizit 2024, das größte aller Berliner Bezirke. Kein Naturereignis, sondern das Ergebnis jahrelanger Fehlsteuerung durch CDU, SPD und Grüne. Gleichzeitig warten Bürgerinnen und Bürger 27 Tage auf einen Bürgeramtstermin, in Steglitz, Lankwitz und Zehlendorf oft über 40 Tage. Das BSW steht für eine andere Politik: solide Finanzen, konsequente Entbürokratisierung, eine Verwaltung, die funktioniert.

Unser Ziel ist ein Bezirk,

- der seinen Haushalt ehrlich und transparent konsolidiert, ohne die Schwächsten und die Mittelschicht mit stark steigenden Steuern und Abgaben zu belasten,
- der seine Verwaltung so modernisiert, dass Bürgerinnen und Bürger in maximal 7 Tagen einen Termin erhalten,
- der vom Land Berlin faire Zuweisungen für alle Pflichtaufgaben einfordert und durchsetzt,
- und der jeden eingesparten Euro zuerst in Schulen, soziale Infrastruktur und Sicherheit investiert.

13.1 Haushalt konsolidieren, ohne soziale Kahlschläge

Das Defizit ist lösbar; nicht durch Kürzungen bei Musikschulen, Bibliotheken oder Seniorenarbeit, sondern durch Struktur, Effizienz und Forderungskraft gegenüber dem Senat.

- **Defizit transparent machen:** Regelmäßige Konsolidierungsberichte nach § 12 BezVG; verständlich aufbereitet, öffentlich zugänglich.
- **Prioritäten setzen:** Der Haushalt 2026/27 mit 845 Mio. Euro konzentriert sich auf Schulen, Sicherheit und soziale Infrastruktur.
- **Altschulden einfordern:** Strukturell bedingte Altlasten gehören auf Landesebene getilgt, nicht auf Bezirksebene abgesehen.
- **Einnahmen klug - aber moderat - steigern:** Parkgebühren und Veranstaltungssteuern bringen bis zu 2 Mio. Euro zusätzlich, ohne Bürger im Alltag zu belasten.

13.2 Bürgerämter modernisieren, Wartezeiten auf 7 Tage reduzieren

27 Tage Wartezeit ist keine Serviceleistung, das ist Zumutung. Was fehlt, ist kein Geld, sondern politischer Wille zur Modernisierung.

- **E-Akte statt Papierberge:** Vollständige Digitalisierung aller Verwaltungsvorgänge, online einsehbar für Bürgerinnen und Bürger.
- **24/7-Hotline:** Erreichbarkeit außerhalb der Bürozeiten; einfache Anliegen sofort gelöst, komplexe zuverlässig weitergeleitet.
- **Mobile Aktionstage:** Verwaltung kommt in Stadtteile und Seniorenzentren, besonders für Menschen ohne digitalen Zugang.

13.3 Verwaltung effizient machen, Substanz erhalten

Das Paradoxon der Bauverwaltung zeigt, wie falsch gespart wird: Baumaterial für Schulsanierungen ist vorhanden, aber keine Ingenieure, um die Projekte zu planen. Sparen heißt Strukturen überprüfen, nicht Schlüsselstellen streichen.

- **Stellenbesetzung nach Priorität:** Vakante Stellen in Bau, Schulen und Soziales werden besetzt, denn dringendes öffentliches Interesse ist eindeutig gegeben.
- **Doppelstrukturen abbauen:** Ineffiziente Außenstellen werden zusammengeführt, eingesparte Mittel fließen in operative Bereiche.
- **Prävention statt Intervention:** Frühe Hilfen und niedrigschwellige Beratung sind günstiger als kostspielige Folgeeingriffe und verbessern die Lebensqualität.

Wofür wir im Bezirk stehen:

Das BSW verbindet soziale Verantwortung mit finanziellem Realismus. Wer Sozialleistungen sichern will, muss den Haushalt in Ordnung bringen. Wer sparen will, darf nicht bei den Schwächsten anfangen. Beides geht zusammen, wenn man es ernsthaft will.

Die anderen Parteien haben jahrelang zugeschaut: Die CDU redet über Sparen, sagt aber nicht wo. Die Grünen erklären jede Ausgabe für alternativlos. Die SPD erkennt das Problem und vertagt. Das Ergebnis: ein Bezirk unter Haushaltsaufsicht, überlastete Bürgerämter, eine Verwaltung, die nicht mehr handeln kann. Was Steglitz-Zehlendorf braucht: Termine in 7 statt 40 Tagen. Einen Haushalt, der transparent ist. Und faire Finanzierung vom Land Berlin; keine Pflichtaufgaben ohne ausreichende Mittel.

Das BSW steht für einen Bezirk, der seine Finanzen ehrlich ordnet, seine Verwaltung modernisiert und seinen Bürgerinnen und Bürgern gibt, was sie verdienen: Ergebnisse. Keine leeren Versprechen.

14. Meinungsfreiheit & demokratische Kultur

Für offene Debatten, Bürgerbeteiligung und respektvollen Austausch in Steglitz-Zehlendorf

Demokratie ist keine Show im Rathaus. Demokratie bedeutet, dass man in Steglitz-Zehlendorf sagen kann: „Ich sehe das anders“, ohne dass einem gleich die Tür zugeschlagen wird.

Wir wollen eine politische Kultur, die wieder erwachsen wird:

- Weniger Moralkeule, mehr Argument
- Weniger Schublade, mehr Gespräch

14.1 Diskussionsräume für alle

Öffentliche Räume und bezirkliche Plattformen dürfen nicht nach Gesinnung vergeben werden. Wer sich an Recht und Regeln hält, muss fair behandelt werden, auch wenn seine Meinung unbequem ist.

Wir setzen uns ein für:

- Offene Diskussionsräume, in denen alle Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können
- Zugang zu politischen Foren, unabhängig von politischer Einstellung oder Meinung
- Förderung eines respektvollen Miteinanders, ohne Ausgrenzung

14.2 Bürgerdialoge, die diesen Namen verdienen

PR-Formate, bei denen Bürger fünf Minuten reden dürfen und danach alles im Niemandsland verschwindet, reichen nicht. Wir wollen echte Bürgerbeteiligung:

- Regelmäßige Bürgerversammlungen in allen Ortsteilen
- Einrichtung von gelosten Bürgerräten

- Klare Themenfokussierung, z. B. Pflege, Mieten, Sicherheit, Verkehr, Gesundheit
- Öffentliche Rückmeldungen, was umgesetzt wird; was nicht, und warum nicht

→ *Bürger sollen sehen, dass ihre Meinung zählt und Entscheidungen nachvollziehbar sind.*

14.3 Streitkultur ohne Canceln

Wir stehen für eine Kultur der sachlichen Auseinandersetzung, in der harte Debatten möglich sind, ohne berufliche oder soziale Vernichtung.

- Schutz von Mitarbeitern in Einrichtungen, Vereinen und ehrenamtlich Engagierten
- Förderung eines respektvollen Diskurses in der gesamten Bezirksgesellschaft

14.4 Meinungsfreiheit und öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Viele Menschen fühlen sich durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht mehr abgebildet: zu einseitig, zu viel Pseudo-Diversität, zu wenig echte Vielfalt.

Auch wenn die BVV den Rundfunk nicht steuert:

- Wir machen die Debatte im Bezirk sichtbar
- Öffentliche Foren zu Pluralität, Transparenz und Wirtschaftlichkeit
- Klare Erwartungen an Vielfalt und Unabhängigkeit

→ *Meinungsfreiheit lebt von echter Vielfalt, Offenheit und Respekt vor unterschiedlichen Standpunkten.*

Wofür wir im Bezirk stehen

Das BSW setzt sich für einen Bezirk ein, in dem Meinungsfreiheit, Bürgerbeteiligung und demokratische Streitkultur gelebte Realität sind.

- Offene Diskussionsräume für alle
- Echte Bürgerdialoge mit Rückmeldung
- Streitkultur ohne Canceln
- Transparente Debatten über öffentlich-rechtlichen Rundfunk

→ **Eine lebendige Demokratie braucht Mut, Respekt und echte Beteiligung.**